Presseschau vom 29.05.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Dagmar Henn: **US-Biolabore – Indonesien legt Karten auf den Tisch**
Die USA verteilen militärische Biolabore so gern wie Militärstützpunkte. In weiten Teilen der Welt wird das inzwischen nicht mehr gern gesehen. In Indonesien verfolgt man aufmerksam, was über diese Labore erzählt wird. …
https://kurz.rt.com/2zph bzw. hier

Ekaterina Kyjko: **Die Ernte könnte um ein Drittel schrumpfen: Russische Ökonomen über den globalen Mineraldüngermarkt**
Die Preise für Kunstdünger begannen schon vor der Ukraine-Krise zu steigen. Die Sanktionen gegen Russland haben diese Tendenz nur verstärkt. Ersetzbar ist Russland aber als Düngerlieferant nur in einzelnen, wenigen Fällen. …
https://kurz.rt.com/2zk4 bzw. hier

Rachel Marsden: **Der Weltgendarm möchte endlich weltweit bestimmen, wer ein Kriegsverbrecher ist**
Es gibt neue Hinweise, wie das US-Establishment die Gelegenheit, die sich durch die emotionale Reaktion der Öffentlichkeit auf den Konflikt in der Ukraine bietet, für die Herrschaft über die eigene Weltordnung nutzen will. …
https://kurz.rt.com/2zjh bzw. hier

de.rt.com: **Kulturaustausch mit Russland bleibt lebendig – trotz Sanktionen und Cancel Culture**
Russische Kultur fällt dem Ukraine-Konflikt zum Opfer. Mehrere Länder verbannen Werke russischer Künstler. Selbst Klassiker wie Dostojewski sind in den Sog der "Cancel Culture" geraten. Der Eindruck, dass der russische Kulturbereich isoliert sei, trügt jedoch. …
https://kurz.rt.com/2znd bzw. hier

Alexandra Wigreiser: **Wie in der verwüsteten Stadt Mariupol langsam wieder Ruhe einkehrt – eine Reportage**
Die strategisch wichtige Hafenstadt kehrt langsam zum normalen Leben zurück, nachdem die letzten ukrainischen Streitkräfte kapituliert haben. "Rückkehr zum Frieden" mag klischeehaft klingen, aber es ist auch die einfachste Art, die Dinge in Mariupol zu beschreiben. …
https://kurz.rt.com/2zr1 bzw. hier

abends/nachts:

19:00 de.rt.com: **Wärmekraftwerk Slawjansk im Donbass stellt den Betrieb ein**
Das Wärmekraftwerk Slawjansk im Norden der Volksrepublik Donezk (DVR) hat seinen Betrieb wegen Kampfhandlungen eingestellt, teilte das Energieunternehmen Donbassenergo in einer Erklärung mit.
"Donbassenergo PJSC hat beschlossen, den Betrieb des KKW Slawjansk am 27. Mai 2022 einzustellen, um das Leben und die Gesundheit der Mitarbeiter des Kraftwerks zu schützen und um die Mitarbeiter und ihre Familienangehörigen zu evakuieren", so das Unternehmen.
Das Kohlekraftwerk in Slawjansk ist eines der größten im Donbass. Es befindet sich in der

Stadt Nikolajewka in der Nähe von Slawjansk, im von der Ukraine kontrollierten Gebiet der Volksrepublik Donezk.

20:30 de.rt.com: **Kadyrows Vize warnt Ukraine vor unnötigen Opfern: Täglich sterben allein in LVR bis zu Hundert Soldaten**
Das ukrainische Militär verliert täglich etwa 100 Kämpfer allein im Gebiet Lugansk, sagte Apti Alaudinow, Vertrauter des Tschetschenien-Chefs Ramsan Kadyrow, in einem Video der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Aludinow ist Kommandeur der Sondereinheit "Achmat" und Berater des Chefs des tschetschenischen Sicherheitsblocks. Seine Einheit kämpft in der Volksrepublik Lugansk aufseiten der Lugansker Volksmiliz.
Zuvor hatte Alaudinow erklärt, dass vier ukrainische Soldaten in der Ortschaft Borowskoje bei Sjewjerodonezk, um die im Donbass gekämpft wird, ihre Waffen niedergelegt und sich der tschetschenischen Spezialeinheit ergeben hätten.
"Die Ukrainer selbst müssen erkennen, dass sie bereits am Ende sind. Sie erleiden jeden Tag enorme Verluste, jeden Tag werden an der gesamten Frontlinie bis zu 100 Menschen getötet, das kann ich Ihnen garantieren, mindestens jeden Tag", sagte Alaudinow.
Ukrainische Mütter müssten anerkennen, dass ihre Söhne wie Kanonenfutter in den Ofen des Krieges geworfen werden. "Wir können nichts anderes tun, als bis zum Sieg zu kämpfen. Auf der anderen Seite müssen sie aber verstehen, in welchem Zustand diese Jungs (er zeigte auf ukrainische Gefangene) befinden."
Anwesende ukrainische Soldaten, die in der Nähe von Sjewjerodonezk gefangen genommen worden waren, forderten ihre mobilisierten Mitstreiter auf, ihre Waffen niederzulegen. "Legen Sie die Waffen nieder, ergeben Sie sich, und alles wird gut", sagte der Soldat der 57. Brigade der ukrainischen Streitkräfte Wassili Smoljar.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/q03VjvuNn2TxWpNHI3H4GsOXNzZnELlgfE0aL7qMLC4rs-vW0QaN8oCeqQke2e-YbHUOu2ypIEh295qUpqNrW-gtkIFsA6bvEAkt30jz0Qax3XGeXywZLt3lLyw-cHh9adwDkP-ZU3lmQrjgwICzFrNNJ1YuTWuv1HuwvdiNxu99zWoXCOcoHMFQbGbtwpJYVnBKAlOGqeRBIJFH7F2UhoU3mQmml9jvh5xtgQitrExghQAu9jr2C9Yc0ZLNDkf7NfI8-ui-GumKHX1TGXV59bHDBtZrnjC100E09IsgTfvi21GD2Ht8kBBo9WWtYOV3m0lmRFpVB679Kl3qGri53A

21:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Streitkräfte bringen ausländische Söldner in Kindergarten und Schule von Bachmut unter**
Wie Generaloberst Michail Misinzew, Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, am Samstag erklärte, sollen Nationalisten und Angehörige der ukrainischen Streitkräfte schwere Waffen in Schulen in Lissitschansk und Slawjansk deponiert haben. Zudem sollen ausländische Söldner in einem Kindergarten und einer Schule in Bachmut untergebracht worden sein.
"In Bachmut in der Volksrepublik Donezk wurden BFU-Einheiten und ausländische Söldner im Kindergarten 49 und in der Schule 18 stationiert, und an den Zufahrten zu den Gebäuden

wurden Straßensperren und Schießstände eingerichtet", sagte Misinzew.
Weiter sollen die ukrainischen Streitkräfte in einer technischen Schule in Lissitschansk einen Stützpunkt eingerichtet haben, mit einem Munitionslager im Keller und schweren Waffen in der Umgebung.
"In Slawjansk in der Volksrepublik Donezk haben Nationalisten Schießstände in den Gebäuden der Schulen 14 und 20 eingerichtet, gepanzerte Fahrzeuge, großkalibrige Artillerie und MLRS sind auf dem angrenzenden Gelände platziert, und die Bewohner der umliegenden Häuser werden unter dem Vorwand der Sicherheit gewaltsam in den Räumlichkeiten dieser Bildungseinrichtungen festgehalten", fügte er hinzu.

21:30 de.rt.com: **Russisches Militär und Rettungskräfte räumen 11.300 explosive Gegenstände in der DVR und LVR**
Wie das russische Verteidigungsministerium am Samstag bekannt gab, setzen die russischen Streitkräfte und das russische Katastrophenschutzministerium die Räumung explosiver Objekte in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk fort. Michail Misinzew, der das russische Hauptquartier für die Koordination der humanitären Hilfe in der Ukraine leitet, erklärte, dass Entminungsteams der russischen Streitkräfte und des russischen Katastrophenschutzministeriums dabei sind, das Gebiet der Volksrepubliken Donezk und Lugansk von explosiven Gegenständen zu säubern.
Der Generaloberst sagte, dass insgesamt mehr als 2.300 Hektar, 35 Gebäude, darunter 13 sozial wichtige Einrichtungen, eine Brücke und 9,64 Kilometer Straßen kontrolliert worden seien. Insgesamt wurden dabei 11.311 Explosionsgefährdungen entdeckt und entschärft.

vormittags:

7:01 de.rt.com: **Ukraine sieht Sanktionen gegen Russland nicht als Ursache für Nahrungsmittelkrise**
Die Ukraine hat Russland erneut mit Nachdruck widersprochen, dass die westlichen Strafmaßnahmen gegen Moskau die Ursache für die aktuelle mangelnde Lebensmittelsicherheit in der Welt seien. Dmitri Kuleba, der ukrainische Außenminister, teilte am Samstag auf Twitter mit:
"Die Sanktionen gegen Russland haben nichts mit der sich abzeichnenden globalen Nahrungsmittelkrise zu tun."
Der Diplomat warf dem russischen Militär vor, 22 Millionen Tonnen ukrainischer Lebensmittelexporte in den ukrainischen Seehäfen physisch zu blockieren. Der Westen müsse Russland mit Druck dazu bringen, die Blockade zu beenden.
Zuvor hatte der russische Präsident Wladimir Putin bei einem Telefonat mit Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron die fehlerhafte Wirtschafts- und Finanzpolitik der westlichen Staaten sowie die antirussischen Sanktionen für diese Probleme verantwortlich gemacht. Russlands Außenamtssprecherin Maria Sacharowa erklärte ihrerseits, dass der Hafen von Mariupol den Betrieb wiederaufgenommen habe. Außerdem öffne die russische Marine jeden Tag von 8 Uhr bis 19 Uhr Ortszeit zwei humanitäre Seekorridore. Die ukrainische Seite hingegen weigere sich, mit Vertretern von Drittstaaten und ausländischen Reedereien zusammenzuarbeiten, um den in den Häfen blockierten Schiffen ein sicheres Geleit zu gewähren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6292fd9348fbef1622776aec.jpg

7:32 de.rt.com: **Selenskij fordert Einstufung Russlands als Terrorstaat**
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat der russischen Regierung eine Politik des Terrors vorgeworfen und die internationale Gemeinschaft aufgefordert, Russland offiziell als Terrorstaat und als Förderer des Terrorismus anzuerkennen. Der Politiker sagte am Samstag in einer Videoansprache in Kiew, er wolle sich zu Wochenbeginn an die Teilnehmer des EU-Sondergipfels in Brüssel wenden und dann auch darüber sprechen. Nur gemeinsam könnten die Europäer die Politik eines solchen Staates stoppen. Das ukrainische Parlament hatte Russland im April als Terrorstaat eingestuft.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6293005ab480cc75897d77e2.jpg

8:03 de.rt.com: **Russische Armee führt humanitäre Aktionen in Ukraine durch**
Die russische Armee hat nach eigenen Angaben am Samstag sechs humanitäre Aktionen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den ukrainischen Gebieten Charkow und Cherson durchgeführt. Der Leiter des Nationalen Zentrums für Verteidigungsmanagement, Generaloberst Michail Misinzew, teilte am Samstag auf einem Pressebriefing in Moskau mit: "Am 28. Mai 2022 finden in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk und in den Gebieten Charkow und Cherson sechs humanitäre Einsätze statt. Dabei werden unter der Bevölkerung 366 Tonnen Bedarfsgegenstände und Lebensmittel verteilt."
Russland habe seit dem 2. März in die Ukraine 23.624 Tonnen Nahrungsmittel, Medikamente und Gegenstände des täglichen Bedarfs befördert. Die russische Armee habe inzwischen

1.067 humanitäre Aktionen durchgeführt, erklärte Misinzew weiter.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6293068bb480cc7ebf105726.jpg

8:40 de.rt.com: **Studie: Lebensmittelpreise dürften im Jahr 2022 um über 10 Prozent steigen**

Die Menschen in Deutschland müssen in den nächsten Monaten wahrscheinlich deutlich mehr für Lebensmittel bezahlen. Der Handelsexperte Aurélien Duthoit vom Kreditversicherer Allianz Trade fasst das Ergebnis einer aktuellen Studie wie folgt zusammen:

"In Deutschland dürften die Preise im Lebensmitteleinzelhandel 2022 um mehr als 10 Prozent anziehen."

Das entspreche durchschnittlich 250 Euro Mehrkosten im Jahr pro Kopf. Trotz der jüngsten Preissteigerungen seien die Preise im Lebensmitteleinzelhandel weit davon entfernt, den tatsächlichen Preisanstieg bei Lebensmitteln in den vergangenen 18 Monaten widerzuspiegeln. Das Schlimmste komme auf die Haushalte erst noch zu, warnt Duthoit.

Die Hersteller von Lebensmitteln und Getränken haben ihre Preise in Deutschland der Studie zufolge seit Anfang 2021 um durchschnittlich 16,6 Prozent angehoben. Am stärksten waren die Aufschläge bei Produkten des täglichen Bedarfs, darunter Öle und Fette (plus 53 Prozent), Mehle (plus 28 Prozent) und Nudeln (plus 19 Prozent) – vor allem getrieben durch den Ukraine-Krieg.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62930bc7b480cc07714b223c.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 29.05.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:
32 Mann;
1 Panzer;
8 Schützenpanzerwagen;
6 Fahrzeuge.
7 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, legten die Waffen nieder und retteten so ihr Leben.
Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt weiter zivile Infrastruktur frontnaher Ortschaften der LVR, die keinerlei Gefahr für den Gegner darstellt und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 4 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm **auf Perwomajsk abgefeuert.**
Um die Feueraktivität des Gegners auf friedliche Bürger der Republik zu unterbinden, haben die Einheiten der Volksmiliz der LVR die **Positionen der BFU, von denen aus geschossen wurde, operativ ermittelt und vernichtet**.
Die Volksmiliz strebt danach, das Leben der ukrainischen Soldaten zu schützen und ruft dazu auf, die Waffen niederzulegen, so setzen die Artillerieeinheiten der Volksmiliz die Maßnahmen fort, **Agitationsflugblätter auf die Positionen der ukrainischen Streitkräfte** abzuschießen.
Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen weiter humanitäre Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien, außerdem evakuiert sich Zivilisten aus der Kampfzone.
So hat gestern der Fonds Sachar Prilepins gemeinsam mit Einheiten der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für die Einwohner von Krymskoje geliefert, darunter eine große Menge Lebensmittel und Trinkwasser.

9:03 de.rt.com: **Militärisch-zivile Verwaltung von Saporoschje: Lehrer und Betriebsleiter bekommen Todesdrohungen aus Ukraine**
Nach Angaben der militärisch-zivilen Verwaltung des ukrainischen Gebiets Saporoschje, das teilweise von der russischen Armee kontrolliert wird, erhalten Einwohner der Region regelmäßig Drohungen aus der Ukraine. Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Gebietsverwaltung, sagte der russischen Nachrichtenagentur TASS, es gebe viele einfache Einwohner, die selbstlos versuchten, das friedliche Leben in der Region einzurichten. Unter ihnen seien Bürgermeister, Betriebsleiter, Hochschulrektoren, Schul- und Kindergartenleiter, Erzieher und Hausmeister.
"Warum spreche ich von ihnen? Weil sie regelmäßig Drohungen erhalten. Sie werden terrorisiert. Sie werden mit lebenslangen Haftstrafen bedroht. Sie bekommen Todesdrohungen."
Rogow verglich die aktuelle Situation mit den ersten Jahren nach dem Großen Vaterländischen Krieg, als ukrainische Nationalisten Mitarbeiter von Schulen und Krankenhäusern angegriffen und somit versucht hätten, die Rückkehr zum friedlichen Leben zu verhindern.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6293153a48fbef14734dd724.jpg
Auf dem Bild: Teilnehmer der Aktion "Unsterbliches Regiment" am 9. Mai 2022 vor einem Kriegsdenkmal in der Stadt Melitopol im Gebiet Saporoschje.

10:24 (9:24) novorosinform.org: **US-Medienkampagne zur Dämonisierung der russischen Streitkräfte**

Die russische Botschaft in Washington hat einen in US-Medien verbreiteten Bericht kommentiert, in dem Moskau der Anstiftung zum Völkermord in der Ukraine beschuldigt wird.

Die neuesten russophoben Äußerungen seien Teil einer vom Westen inszenierten Kampagne zur Verunglimpfung der Streitkräfte der Russischen Föderation. So kommentierte die diplomatische Vertretung den in amerikanischen Publikationen verbreiteten Bericht der NGO New Lines Institute for Strategy and Policy, schreibt TASS.

Die Botschaft betonte, dass die verbreiteten Informationen der Realität widersprächen. Tatsächlich werde die Bevölkerung in den von den RF-Streitkräften kontrollierten Teilen der Ukraine mit humanitärer Hilfe versorgt. Russland garantiere auch die Sicherheit der humanitären Korridore.

Die Diplomaten fügten hinzu, dass die westliche Öffentlichkeit statt grundloser Anschuldigungen gegen Russland auf die Verbrechen ukrainischer Radikaler achten sollte. Sie versteckten sich hinter den Bedürfnissen der Verteidigung, raubten Zivilisten aus, schössen auf Flüchtlinge und foltern und schüchterten jeden ein, der ihre Ideologie nicht teilt.

https://novorosinform.org/content/images/53/98/45398_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 29.5.22 um 10:30 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner 239 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 122mm-Rohrartillerie und 120mm- und 82mm-Mörsern **abgefeuert**.
Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. In der Folge der ukrainischen Aggression wurden 2 Zivilisten verletzt. 30 Wohnhäuser und 9 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Die Materialien zur Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 42 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzerwagen, 2 Feuerpositionen für 122mm-Artilleriehaubitzen D-30 und 2 Lastwagen vernichtet. 3 Schützenpanzerwagen und 2 Lastwagen wurden erbeutet.

10:05 de.rt.com: **Präsident der Bundesnetzagentur: Deutschlands Gasspeicher nicht gut genug gefüllt**
Der Präsident der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, hat angesichts des Ukraine-Kriegs gefordert, die deutschen Erdgas-Vorräte aufzustocken. Zwar füllten sich die Gasspeicher "besser als in den Vorjahren" und seien stärker gefüllt als noch Anfang Mai. Sie seien aber "noch nicht gut genug gefüllt", wenn man kurzfristig weniger oder kein russisches Gas mehr bekommen werde, sagte Müller dem Deutschlandfunk im "Interview der Woche".
Er verwies dabei auf die Vorgaben des neuen Gasspeichergesetzes. Wenn Deutschlands Gasspeicher, wie darin vorgesehen, tatsächlich zu 90 Prozent plus X befüllt würden, hätte das Land "zumindest für zweieinhalb Monate, unter stabilen Bedingungen, bei einem normalen Winter, einen Puffer." Für Industrie und Verbraucher wäre dies aus seiner Sicht "erst mal eine ganz ordentliche Voraussetzung", fügte der Chef der Bundesnetzagentur hinzu.
Um "ordentlich durch die nächsten Winter" zu kommen, müsse Deutschland auf andere Erdgas-Lieferanten als Russland umsteigen. Zudem müssten private Haushalten und die Industrie sparsamer und effizienter mit Gas umgehen. In jedem Fall sei die Kostenbelastung durch die Energiekrise "immens", so Müller im Deutschlandfunk.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629320a1b480cc75897d77ef.jp

g

11:07 (10:07) novorosinform.org: **Die Europäische Kommission hat vorgeschlagen, das Verbot der Lieferung von russischem Öl zu verschieben – Medien**
Die EU-Länder prüfen die Möglichkeit, das russische Ölembargo zu verschieben, schreibt Bloomberg.
Unter Bezugnahme auf Quellen berichtete Bloomberg, dass die Europäische Kommission den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten einen Vorschlag unterbreitet habe, das Verbot der Lieferung von russischem Öl durch die Druschba-Pipeline zu verschieben. Es wird darauf hingewiesen, dass der Grund für diesen Vorschlag der Einspruch Ungarns und die Unfähigkeit war, sich auf ein neues Paket antirussischer Sanktionen zu einigen.
Nach Angaben der Agentur erwartet die EU, dass die Verzögerung die Probleme von Ländern lösen werde, die keinen Zugang zum Meer haben, insbesondere der Slowakei und der Tschechischen Republik.
Es wurde auch darauf hingewiesen, dass die EU-Botschafter am Sonntag ein Treffen abhalten, bei dem sie ein überarbeitetes Paket von Sanktionen erörtern würden. Einige EU-Mitglieder befürworten eine Einigung vor dem Treffen der EU-Führungsspitzen am Montag.

https://novorosinform.org/content/images/54/00/45400_720x405.jpg

11:39 (10:39) novorosinform.org: **Odessa und Nikolajew warten auf die Befreiung von Nationalisten – Stremousow**
Der stellvertretende Leiter der Militärverwaltung des Gebiets Cherson berichtete, dass die Bewohner von Odessa und Nikolajew um Hilfe bitten.
Stremousow sagte, dass die lokale Bevölkerung dieser Regionen Kontakt mit den Chersoner Behörden aufehme und um Hilfe bitte, schreibt RIA Novosti.
Zuvor hat er bereits erklärt, dass Odessa und Nikolajew russische Städte seien, die nichts mit ukrainischen Nationalisten zu tun hätten.
Stremousow sagte auch, dass die Region Cherson Russland frühestens 2023 beitreten werde. Ihm zufolge werde derzeit das Verwaltungssystem vorbereitet, sodass die Frage des Beitritts im nächsten Jahr entschieden werden könne.

https://novorosinform.org/content/images/54/02/45402_720x405.jpg

11:53 (10:53) novorosinform: **Ausländische Söldner verlassen die Ukraine wegen Waffenmangel - The Washington Post**

In einem Interview mit der amerikanischen Zeitung beschwerten sich ausländische Söldner darüber, dass sie unter unzureichender Versorgung mit Munition und Waffen an Kampfhandlungen teilnehmen mussten.

Die Söldner empfehlen niemandem, in die Ukraine zu gehen. Ihnen zufolge seien die russischen Streitkräfte der ukrainischen Seite, die schwere Verluste erleidet, deutlich überlegen.

„8 von 20 Freiwilligen verließen ihre Posten, darunter ein erfahrener Marine, der offenbar sein Maschinengewehr mit einem Stein zerschmetterte, in der Hoffnung, es als Kampfschaden auszugeben. Ein anderer Kämpfer täuschte eine Verletzung vor“, heißt es in dem WP-Artikel.

Viele Söldner, die in der Ukraine waren, berichteten, dass sie nie wieder dorthin zurückkehren würden, viele von ihnen hätten ihre Freunde verloren. Westliche Kämpfer hätten gesehen, dass Russland auf dem Schlachtfeld eine große Überlegenheit habe, und jetzt glaubten sie, dass es eine schlechte Idee sei, in die Ukraine zu gehen, um Geld zu verdienen.

https://novorosinform.org/content/images/54/03/45403_720x405.jpg

11:37 de.rt.com: **Russlands Verteidigungsministerium meldet Abschuss eines ukrainischen Su-25-Kampfflugzeuges**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, hat auf seinem Briefing am Sonntagvormittag über weitere Angriffe mit Hochpräzisionsraketen auf Militärziele in der Ukraine berichtet. Demnach sei auf einem Betriebsgelände in der Stadt Kriwoi Rog im ukrainischen Gebiet Dnepropetrowsk ein

größeres Arsenal der ukrainischen Streitkräfte zerstört worden. Bei weiteren Raketenangriffen seien zuletzt drei ukrainische Kommandopunkte, 25 Ansammlungen von Technik und Personal, zwei Artilleriebatterien, eine Startrampe des Flugabwehrraketenkomplexes vom Typ Ossa-AKM, eine Radaranlage und fünf Munitionslager getroffen worden.
Die russische Luftwaffe habe Konaschenkow zufolge ebenfalls dutzende Ziele in der Ukraine angegriffen. Dabei seien mehr als 300 Nationalisten getötet worden. Die Flugabwehr habe in der Nähe der Ortschaft Nowogrigorowka im ukrainischen Gebiet Dnepropetrowsk zudem ein ukrainisches Su-25-Kampfflugzeug abgeschossen. In den Gebieten Charkow und Dnepropetrowsk sowie in der Volksrepublik Donezk seien vier ukrainische Drohnen vom Himmel geholt worden. Darüber hinaus habe die Flugabwehr in der Nähe der Ortschaft Malaja Kamyschewacha im Gebiet Charkow ein reaktives Geschoss vom Typ Smertsch abgefangen.
Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau hat die Ukraine seit dem Beginn der Sonderoperation Russlands am 24. Februar insgesamt 183 Flugzeuge, 128 Hubschrauber, 1.049 Drohnen, 325 Flugabwehrraketenkomplexe, 3.309 Panzer und Panzerwagen sowie 447 Mehrfachraketenwerfer verloren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6293395448fbef563f1a2cbb.jpg

nachmittags:

13:01 (12:01) novorosinform.org: **Die Beladung des ersten Schiffes nach der Befreiung der Stadt begann im Hafen von Mariupol**
Die Beladung des russischen Schiffes "Slawutitsch" hat heute im Hafen von Mariupol begonnen, teilte das Kommando der Volksmiliz der DVR mit.
Das erste russische Trockenfrachtschiff vom Typ RM-3 „Slawutitsch“ lief in den Hafen von Mariupol ein. Dies berichtete die Nachrichtenagentur Donezk unter Berufung auf den Pressedienst der Volksmiliz.
Es wird darauf hingewiesen, dass jetzt die Handelslogistik zwischen Russland und der DVR vereinfacht und zur Grundlage für die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen werde. Zuvor hatten Spezialisten der Schwarzmeerflotte der Russischen Föderation das Wassergebiet geräumt und auch zwei Schwimmkräne entfernt, die von den Asow-Kämpfern gesprengt worden waren, um den Eingang zum Hafen zu blockieren.
Es wurde hinzugefügt, dass heute die Verladung von Gütern durchgeführt werde, die zuvor vom Eigentümer gekauft wurden. Mit Hilfe von Spezialkränen werden nach Angaben der Agentur Bleche verladen.

https://novorosinform.org/content/images/54/06/45406_720x405.jpg

12:11 de.rt.com: **Medienbericht: Trotz Versprechungen liefert Deutschland kaum Waffen an Ukraine**
Nach einem Bericht der „Welt am Sonntag“ hat die Bundesregierung ihre militärische Hilfe für die Ukraine in den vergangenen neun Wochen offenbar auf ein Minimum reduziert. Wie aus Dokumenten hervorgeht, die dem Blatt vorliegen, soll Berlin seit Ende März auch kaum mehr nennenswerte leichte Waffen an Kiew geliefert haben. Zwischen dem 30. März und dem 26. Mai trafen demnach nur zwei Lieferungen ein, beide beinhalteten lediglich Kleinstgerät. Mitte Mai schickte Deutschland nach Angaben der Ukraine 3.000 Panzerabwehrminen und 1.600 speziellere Richtminen zur Panzerabwehr. Das Bundesministerium der Verteidigung wollte diese Informationen nicht kommentieren.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629333c748fbef14734dd72f.jpg

13:40 (12:40) rusvesna.su: **Moldauer gingen zu einem Massenprotest: Sie fordern den Rücktritt der Präsidentin**
In der Nähe des Parlamentsgebäudes in der Hauptstadt Moldawiens findet eine Massenkundgebung statt - Demonstranten fordern den Rücktritt von Maja Sandu.
Seit der Verhaftung von Ex-Präsident Dodon finden fast täglich Demonstrationen statt. Die Demonstranten nehmen auch die Rücknahme des starken Anstiegs der Preise, unter anderem für Benzin, die zu einem Rückgang des Lebensstandards führten, auf die Liste der Forderungen.
Ein Gericht in Chisinau hatte den ehemaligen Präsidenten der Republik Moldau, Igor Dodon, für 30 Tage inhaftiert.

Er wurde von den westlichen Marionetten, die die ehemalige Sowjetrepublik regieren, des Verrats und der Korruption beschuldigt, nachdem er begonnen hatte, sich aktiv für den neutralen Status des Landes in Bezug auf den Konflikt in der Ukraine einzusetzen.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/BVU6UpYtxfgUrsVS17W6cpXVb_uoF7RGCYr7A8hNAWWApYfj9DEl_pApr46-_LZJhVwFfd7l4Ea86Qul_EOWWS0zeQFYbV4XxG4_udeQj6JZwYPOeA73mZaA_BgoX2yy7J-SmKdAFI3AUW7wmoVCE84RhNCQl_J7rWP2U0Dm_uBKAXKdhqd6Z4-37__1xNyMU7Gzz6bYC03fysUjEY7ydj0hcKsprWomgx7iTYruKhhfFtVHLz7__TMypKRZL9Y9nWFUmfU--nl-V_hcLJGrOAe-2CEdO-tq6lJ71W2lXz6NywJkOjj2vNcpgPzhh-tGjZaLYho9fX4gcBw6yoOzcQ.jpg

13:42 (12:41) novorosinform.org: **Ein Drittel der zu Jenakijewo gehörigen Siedlungen ist fast vollständig zerstört**

Der Leiter der Verwaltung von Jenakijewo, Roman Chramenkow, sagte, dass neun von 28 befreiten Dörfern und Siedlungen, die der Stadt unterstellt sind, praktisch „bis auf Null“ zerstört worden seien.

Der Bürgermeister gab an, dass insbesondere zwei Straßen in Rubzy vollständig zerstört wurden. Insgesamt wurden 188 Häuser, eine Schule, zwei Kindergärten zerstört und Infrastruktur beschädigt.

Er stellte fest, dass ukrainische Truppen in den zerstörten Siedlungen stationiert seien. Sie bauten dort befestigte Stellungen, weil sich Stauseen und wichtige Infrastruktur in der Nähe befinden.

Chramenkow sagte der Donezker Nachrichtenagentur, dass die Arbeit in den befreiten Gebieten bereits in alle Richtungen im Gange sei. Spezialisten untersuchten und reparierten die Zerstörungen, humanitäre Hilfe werde der Bevölkerung zugestellt. Darüber hinaus habe die Pensionskasse bereits rund 300 Rentenanträge entgegengenommen, 170 Personen wurden befristet beschäftigt ...

https://novorosinform.org/content/images/54/08/45408_720x405.jpg

12:48 de.rt.com: **Russlands Botschafter in Großbritannien rechnet nicht mit Einsatz von Atomwaffen**

Der russische Botschafter in London, Andrei Kelin, hat in einem Interview für die BBC einen Atomwaffeneinsatz durch sein Land in der Ukraine ausgeschlossen. Nach der russischen Militärdoktrin sei ein Einsatz taktischer Atomwaffen nur in exakt definierten Fällen vorgesehen, wenn eine Gefahr für die Existenz des Staates bestehe.

"Mit der laufenden Operation hat das nichts zu tun."

Auch die Frage des BBC-Korrespondenten Clive Myrie, ob er glaube, dass Präsident Wladimir Putin im Falle einer Ausweitung des Krieges bereit sei, einen nuklearen Angriff auf Großbritannien zu führen, verneinte der Botschafter.

Der Diplomat wies zudem Russlands Verantwortung für mutmaßliche Kriegsverbrechen in der Ukraine zurück. In Bezug auf die Berichte über hunderte Leichen im Kiewer Vorort Butscha sagte Kelin:

"Unserer Ansicht nach ist das eine Erfindung. Das wird benutzt, um die Verhandlungen zu stören."

Wiederholt warf Kelin der Ukraine in dem BBC-Interview vor, in der Donbass-Region selbst Zivilisten zu töten. Er kritisierte auch die Haltung der britischen Regierung, die eine Lösung des Konflikts hinauszögere und die Gespräche zwischen Moskau und Kiew störe. Jeden Tag höre man Appelle, Waffen an die Ukraine zu schicken und bis zum letzten ukrainischen Soldaten zu kämpfen. Großbritannien ignoriere außerdem die wirtschaftlichen Aussichten der Ukraine. Die Position der britischen Außenministerin Liz Truss bezeichnete der russische Diplomat als äußerst kriegerisch. Dies werde der Ukraine und Europa keinerlei Nutzen bringen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62934b1eb480cc7ee1420bd5.jpg

12:55 de.rt.com: **Peruanischer Bauer verklagt RWE wegen schwerer Klimaschäden in seiner Heimat**

Der Kläger ist der Ansicht, dass der Energiekonzern RWE AG mit Sitz in Essen wegen seiner Treibhausgasemissionen für das Abschmelzen der Gletscher in seiner Heimat verantwortlich ist. Experten müssen nun analysieren, ob es einen Zusammenhang zu dem CO_2-Ausstoß durch RWE gibt.

Der peruanische Bauer und Bergführer Saúl Luciano Lliuya hat sich einen Namen gemacht, als er 2016 dem deutschen Energieriesen RWE (bis 1990 Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk) vorwarf, zum Klimawandel beizutragen und seine Heimatstadt Huaraz in den Anden zu gefährden.

Sechseinhalb Jahre nach Prozessbeginn ist das Verfahren in eine entscheidende Phase eingetreten. In dieser Woche reisten mehrere deutsche Richter des Oberlandesgerichts Hamm, vor dem Lliuya Berufung eingelegt hatte, sowie Rechtsberater und Sachverständige nach Peru, um das Gebiet zu untersuchen. Die Reise war für 2020 geplant gewesen, musste jedoch wegen der COVID-19-Pandemie verschoben werden.

Experten müssen analysieren, ob es einen Zusammenhang mit dem CO_2-Ausstoß des Energieriesen RWE gibt und ob das Haus von Lliuya wirklich von einer möglichen "Flutwelle" aus dem oberhalb von Huaraz gelegenen Gletschersee Palcacocha bedroht ist.

Die Nichtregierungsorganisation Germanwatch, die Lliuyas Klage unterstützt, warnt davor, dass die Gefahrenzone Huaraz "ein Gebiet umfasst, in dem etwa 50.000 Menschen leben". Die Stadt hat insgesamt 118.000 Einwohner.

Nach Schätzungen von Germanwatch vergrößerte der Klimawandel das Volumen des Sees seit 1970 um das 34-Fache. Zudem gehen mehrere Studien davon aus, dass es immer wahrscheinlicher wird, dass große Eis- und Gesteinsbrocken in den See stürzen und das Abschmelzen "eine Flutwelle" auslösen könnte, die die Stadt des Klägers träfe.

Das Oberlandesgericht Hamm schrieb Justizgeschichte, als es 2017 die Klage Lliuyas zuließ. Der Peruaner forderte von RWE 17.000 Euro für die Kosten von präventiven Maßnahmen zum Stopp der Überschwemmungen in Huaraz. Germanwatch erinnert daran, dass hier ein Präzedenzfall darüber geschaffen werden könnte, "ob die größten Schadstoffverursacher der Welt den Schutz und die Entschädigung von Risiken und Schäden für die von den Folgen betroffenen Menschen anteilig finanzieren sollten".

"Ich hoffe, dass die Richter und auch die Vertreter von RWE mit ihrem Besuch das zunehmende Risiko erkannt haben, dem wir hier ausgesetzt sind", kommentierte Lliuya in einer von der Organisation gesammelten Stellungnahme.

Roda Verheyen, Lliuyas Rechtsanwältin, erklärte ihrerseits, dass "die gesammelten Beweise

überwältigend sind". "Wir hoffen, dass es jetzt zu einem neuen Prozess und einer schnellen Verurteilung kommt, damit endlich die notwendigen Schutzmaßnahmen eingeleitet werden können", fügte sie hinzu.
Der Konzern, der mit Steinkohle und Braunkohle Strom erzeugt, ist heute eine multinationale Firma und gehört zu den größten Energieproduzenten Europas. Er ist auch auf anderen Märkten vertreten, beispielsweise in Großbritannien, Belgien, Österreich, Tschechien, Osteuropa, der Türkei, den USA und China.
Aktuell rückt die Kohle als Energieträger wieder in den Fokus der Debatte um die Energieversorgung Deutschlands. Ausgerechnet die Grünen machen Vorschläge in diese Richtung.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62921fabb480cc3169486868.jpg

13:22 de.rt.com: **Putin spricht mit Vučić über Ukraine, Kosovo und Gaslieferungen**
Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Sonntag mit seinem serbischen Amtskollegen Aleksandar Vučić telefoniert. Nach Angaben des Kreml-Pressedienstes besprachen die Staatschefs die bilateralen Beziehungen. Erörtert wurden Schritte zur Erweiterung der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in den Bereichen Handel und Wirtschaft. So wurden unter anderem weitere störungsfreie Gaslieferungen aus Russland nach Serbien vereinbart.
Die Präsidenten tauschten ferner ihre Meinungen zur internationalen Agenda aus. Ins Gespräch kam dabei auch die jeweilige Situation in der Ukraine und in Kosovo. Putin und Vučić sprachen sich nicht zuletzt dafür aus, die strategische Partnerschaft zwischen Moskau und Belgrad aufgrund der engen traditionsreichen Verbindungen zwischen den beiden Völkern weiterhin konsequent zu stärken.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/62934f6e48fbef126115f7dc.jpg

13:44 de.rt.com: **Patriarch Kyrill zeigt Verständnis für Entscheidungen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche**
Der Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, Kyrill, hat nach der Sonntagsmesse in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale erstmals die Unabhängigkeitserklärung der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche kommentiert. Der Geistliche zeigte dabei Verständnis für die Handlungen der ukrainischen Bischöfe.
"Wir begreifen absolut, wie die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche heute leidet. Wir können nachvollziehen, dass seine Seligkeit Metropolit Onufri und die Bischöfe heute höchst besonnen agieren müssen, um das Leben ihres gläubigen Volkes nicht zu erschweren."
Gleichzeitig erklärte der Patriarch, er bete darum, "dass keine vorübergehenden äußeren Unsegen die geistliche Einheit unseres Volkes zerstören mögen."
Am 27. Mai hatte sich das Konzil der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche gegen die Haltung des Patriarchen zum Ukraine-Krieg ausgesprochen und die Unabhängigkeit der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche ausgerufen. Später wurde bekannt, dass nicht alle Diözesen diesen Schritt unterstützt hatten. Die Bistümer von Donezk und der Krim änderten ihren Status nicht.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/6293582748fbef563f1a2cc1.jpg

14:48 (13:48) novorosinform.org: **Macron und Scholz sorgen sich um das Schicksal von Kriegsverbrechern im Donbass – Dschabarow**
Wladimir Dschabarow, erster stellvertretender Leiter des Ausschusses für internationale

Angelegenheiten des Föderationsrates, erklärte, dass die Führer der europäischen Länder mit Neonazis sympathisierten, aber nicht mit deren Opfern.
Dschabarov kommentierte auf Telegram, dass der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler den russischen Präsidenten aufforderten, ukrainische Kämpfer freizulassen, die das Territorium von Asowstal verlassen hatten.
Der Politiker äußerte die Meinung, diese Menschen nicht nach dem Gesetz zu verurteilen bedeute, "Mördern und Vergewaltigern Nachsicht zu gewähren". Er betonte, dass die Menschen im Donbass eine faire Bestrafung für diejenigen fordern, die ältere Menschen getötet, Frauen vergewaltigt und andere Verbrechen begangen haben.
Der Senator erinnerte daran, dass die europäischen Staats- und Regierungschefs kein Mitgefühl für die Opfer von Neonazis zeigten. Sie machten sich keine Sorgen, dass der Terror gegen die Zivilbevölkerung der Volksrepubliken seit acht Jahren durchgeführt wurde.

https://novorosinform.org/content/images/54/11/45411_720x405.jpg

14:06 de.rt.com: **Prag: Bislang Militärhilfe im Wert von über 3,5 Milliarden Kronen an Kiew geliefert**
Nach Angaben der tschechischen Verteidigungsministerin Jana Černochová hat Prag seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges an Kiew Militärgüter im Wert von über 3,5 Milliarden Kronen (umgerechnet 140 Millionen Euro) geschickt. In einer Fernsehtalkshow sagte die Politikerin, sie wolle der Regierung weitere Lieferungen im Wert von bis zu 700 Millionen Kronen (umgerechnet 28 Millionen Euro) vorschlagen. Sie betonte:
"Es ist wichtig, dass die Hilfe kontinuierlich erfolgt."
Černochová teilte darüber hinaus mit, dass ihre Behörde auch mit der ukrainischen Botschaft in Prag zusammenarbeite, um Waffen für das Geld zu kaufen, das die Menschen auf ein speziell für diesen Zweck eingerichtetes Bankkonto der diplomatischen Vertretung überweisen. Bisher habe die Botschaft auf diesem Wege etwa 1,2 Milliarden Kronen (fast 49 Millionen Euro) gesammelt.

14:32 de.rt.com: **Erdoğan erteilt NATO-Norderweiterung trotz Gesprächen erneut Absage**
Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bleibt auch nach den Verhandlungen mit Schweden und Finnland bei seinem Veto gegen die Norderweiterung der NATO. Die Zeitung Hürriyet zitiert den Politiker am Sonntag mit den Worten:
"Solange Tayyip Erdogan an der Spitze des türkischen Staates steht, können wir nicht 'Ja' zu einem Nato-Beitritt von Ländern sagen, die den Terror unterstützen."
Die Gespräche mit Vertretern der beiden skandinavischen Länder am Mittwoch seien nicht wie erwartet verlaufen, so Erdoğan. Die Länder hätten nicht die erwarteten Schritte im Kampf gegen den Terrorismus unternommen.

Die Türkei blockiert derzeit als einziges NATO-Mitglied öffentlich den Beginn des Aufnahmeprozesses der beiden Länder in das Verteidigungsbündnis. Ankara begründet seine Haltung mit der angeblichen Unterstützung Finnlands und Schwedens für "Terrororganisationen", wie der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK. Ankara verlangt außerdem die Auslieferung mutmaßlicher Terroristen aus beiden Ländern.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/original/629365c848fbef7a7f20de42.jpg

14:55 de.rt.com: **Abriegelung zwischen NATO-Mitgliedern: Griechenland baut Grenzzaun zur Türkei aus**

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Spannungen mit der Türkei plant Griechenland den Ausbau seiner Grenzbefestigungen. Damit solle einer erneuten Migrationswelle aus der Türkei in die EU vorgebeugt werden. Seit Jahresbeginn will Athen etwa 40.000 illegale Grenzübertritte verhindert haben.

Die griechische Regierung will die Grenze zur Türkei im Nordosten des Landes vollständig gegen Migranten abriegeln. Die bestehenden 35 Kilometer Grenzzaun sollen daher um 80 Kilometer verlängert werden, sagte Migrationsminister Notis Mitarakis am Sonntag dem Sender Skai. Damit seien all jene Regionen abgesichert, die zu Fuß passiert werden könnten. Hintergrund sind die aktuell starken Spannungen zwischen Athen und Ankara. Die beiden NATO-Mitglieder streiten über Erdgas, Hoheitsgebiete und viele andere Themen. Zuletzt hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan erklärt, der griechische Premier Kyriakos Mitsotakis existiere für ihn nicht mehr und damit den Gesprächsfaden abgeschnitten. Athen befürchtet daher, dass Erdogan erneut Migranten als Druckmittel einsetzen könnte. Bereits im Jahr 2020 hatte Erdoğan die Grenze zu Griechenland am Fluss Evros als für Migranten geöffnet erklärt, woraufhin sich Tausende Menschen dorthin auf den Weg machten.

Die Zahl der versuchten illegalen Einreisen hatte zuletzt wieder deutlich zugenommen. Allein seit Jahresbeginn seien rund 40.000 Übertritte verhindert worden, berichtete Bürgerschutzminister Takis Theodorikakos am Sonntag gegenüber Skai.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62935f87b480cc7ee1420bdc.jpg

16:02 (15:02) belta.by: **Der türkische Präsident Erdogan will am 30. Mai Gespräche mit Putin und Selenskij führen**
Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan kündigte Gespräche mit den Staatsoberhäuptern Russlands und der Ukraine Wladimir Putin und Wladimir Selenskij an, die für den 30. Mai geplant seien, berichtet TASS.
Erdogan sagte, er beabsichtige, mit seinen Amtskollegen aus Russland und der Ukraine über die Lösung der Ukraine-Krise zu diskutieren. Ankara hoffe, dass der Konflikt zwischen den beiden Ländern bald beendet werde und die Parteien friedliche Wege finden, ihn zu lösen.
Laut Erdogan scheint es jedoch immer noch so, als würde sich die Situation nur noch verschlimmern.
Der türkische Präsident sprach auch über den Beitritt Schwedens und Finnlands zur NATO. Ihm zufolge beunruhigt dieses Problem die russischen Behörden. Erdogan verstehe Moskaus Bedenken, weil es eine gemeinsame Grenze mit Finnland hat.
Was die Position der Türkei zum NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands betrifft, bemerkte Erdogan, dass Ankara Ländern, die Terroristen unterstützen, nicht erlauben werde, dem Bündnis beizutreten.
Laut TASS soll es tatsächlich am 30. Mai zu Telefongesprächen zwischen Erdogan und Putin kommen. Diese Information wurde von der Agentur von Kreml-Sprecher Dmitri Peskow bestätigt.

https://www.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000026_1653829911_504729_big.jpg

15:30 de.rt.com: **Bolivarische Allianz ALBA verurteilt die Diskriminierung lateinamerikanischer Staaten durch USA**
Die bolivarische Allianz lateinamerikanischer Staaten ALBA hat den Ausschluss der Staaten Venezuela, Nicaragua und Kuba vom OAS-Gipfel scharf verurteilt. Die Allianz erklärte, dass die Entscheidung Washingtons politisch motiviert sei.
Die "Bolivarische Allianz für die Völker unseres Amerikas" (ALBA-TCP) hat am Freitag die Entscheidung der USA verurteilt, mehrere lateinamerikanische Länder von der Teilnahme am Gipfel der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) auszuschließen. Die Allianz betonte, dass die Entscheidung Washingtons politisch motiviert sei, und prangerte die diskriminierende Behandlung durch die Vereinigten Staaten an.
In einer Erklärung der ALBA-TCP heißt es:
"Wir lehnen den willkürlichen, ideologischen und politisch motivierten Ausschluss mehrerer unserer Länder vom sogenannten Gipfeltreffen der Amerikas ab, das im Juni in Los Angeles

(USA) stattfinden soll."
Der stellvertretende US-Außenminister für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, Brian Nichols, hatte Ende April erklärt, dass Kuba, Nicaragua und Venezuela wahrscheinlich nicht an dem bevorstehenden OAS-Gipfel teilnehmen würden, was wiederum den Widerstand von Mexiko und Bolivien hervorrief. Den drei Ländern mit linken Regierungen ist gemein, dass sie einseitig von Washington sanktioniert werden.
Der mexikanische Präsident Andrés Manuel Obrador und der bolivianische Präsident Luis Arce sprachen sich gegen eine solche Entscheidung aus. Sie betonten, dass sie nicht an dem Gipfel teilnehmen würden, wenn nicht alle Länder der Region eine Einladung erhielten. Der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro wiederum hat seine Mitarbeiter ebenfalls darüber informiert, dass er nicht teilnehmen wird, ohne jedoch einen Grund dafür zu nennen.
Das 21. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der "Bolivarischen Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Handelsabkommen der Völker" (ALBA-TCP), das dem Austausch gemeinsamer Entwicklungsstrategien und der regionalen politischen Analyse der Mitgliedsstaaten dient, wurde Freitag in der kubanischen Hauptstadt Havanna eröffnet. Kubas Präsident, Miguel Díaz-Canel, sagte zum Auftakt der Veranstaltung:
"Zersplittert könnte jeder unserer Vertreter ignoriert werden, aber vereint wird uns niemand zum Schweigen bringen können."
Díaz-Canel betonte, wie wichtig es sei, ein Lateinamerika mit einer unabhängigen Stimme zu schaffen, das seine Entwicklungsstrategien und die Verteidigung seiner Souveränität koordiniert. Darüber hinaus erklärte er, dass die Regierung der Vereinigten Staaten nicht die moralische oder politische Autorität habe, irgendein Land vom Gipfeltreffen der Amerikas auszuschließen. Der kubanische Präsident verurteilte die US-Entscheidung, Kuba, Venezuela und Nicaragua die Teilnahme an dem bevorstehenden 9. Gipfel der Amerikas zu verwehren. Er sagte diesbezüglich:
"Die Praxis der Ausgrenzung ist nicht neu und bestätigt das Interesse der USA, das interamerikanische System zu kontrollieren, um es für hegemoniale Ziele zu nutzen und die Macht zur Kontrolle der Demokratie durchzusetzen. Weder politisch noch moralisch haben sie das Recht dazu."
ALBA-TCP wurde im Jahr 2004 von den inzwischen verstorbenen Präsidenten Fidel Castro (Kuba) und Hugo Chávez (Venezuela) gegründet. Sie ist eine regionale Organisation, die sich auf den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung konzentriert und auf Solidarität und Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedern setzt. Der Organisation gehören Kuba, Venezuela, Bolivien, Nicaragua, Dominica, Antigua und Barbuda, St. Vincent und die Grenadinen, Grenada und St. Kitts und Nevis an.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629285f548fbef563f1a2c9b.jpg

16:54 (15:54) novorosinform.org: **Polen übergibt drei Batterien von AHS-Krab-Selbstfahrlafetten an die Ukraine**
Die polnischen Behörden liefern weiterhin Waffen an die Ukraine. Diesmal wurden selbstfahrende 155-mm-Haubitzen an das Kiewer Regime übergeben, berichtet der Polnische Rundfunk.
Die 18 Einheiten von AHS Krab seien bereits in die Ukraine unterwegs. Der Bericht stellt fest, dass die polnische Seite bereits die notwendige Ausbildung für 100 ukrainische Kämpfer durchgeführt habe.
AHS Krab gilt als polnische Waffe. Gleichzeitig wird bei der Produktion dieser Artillerieanlagen ein lizenzierter Turm der britischen Haubitze AS90 verwendet, und die südkoreanische Plattform der selbstfahrenden Kanonen K9 Thunder wird als Fahrgestell eingesetzt.
Nach der Lieferung der drei AHS Krab-Batterien wird die Ukraine bereits über 30 155-mm-Kettenselbstfahrlafetten westlicher Produktion verfügen.

https://i0.wp.com/militaryleak.com/wp-content/uploads/2018/10/ahs-krab-self-propelled-howitzer.jpg?fit=1280%2C720&ssl=1
(Bild: militaryleak.com)

17:18 (16:18) novorosinform.org: U**krainische Lehrer werden massiv in unbezahlten Urlaub geschickt**
Der Bildungsombudsmann der Ukraine, Sergej Gorbatschew, sprach über die kritische Situation, die sich mit den Gehältern der ukrainischen Lehrer entwickelt hat.
Ihm zufolge werden Lehrer in vielen Regionen gezwungen, unbezahlten Urlaub zu nehmen, und wenn sie sich weigern, droht ihnen die Entlassung.
Gorbatschow sagte, die Behörden verdrängten Lehrer aus den Schulen, wodurch der Zusammenbruch des gesamten Bildungssystems drohe.
„Sie zerstören einfach das Bildungssystem … Suchen Sie nach Möglichkeiten, die Lehrer im Bildungssystem zu halten“, wandte sich der Ombudsmann an die Direktoren der ukrainischen Schulen.

https://novorosinform.org/content/images/54/15/45415_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 29. Mai 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.
Kommunikationstechniker setzten die Arbeit zur Inbetriebnahme und Konfigurierung von Basisstationen in Mariupol fort.
Spezialisten des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik der DVR haben **2002 Anträge auf Wiederaufnahme und Festsetzung von Renten und materiellen Hilfen entgegengenommen**.
Ärzte behandeln in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Etwa 1900 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.
Zivilschutzkräfte haben **mehr als 25 Hektar Territorium und 9000 Quadratmeter Gebäude kontrolliert und 575 explosive Objekte entschärft**.
Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR haben 8114 humanitäre Pakete ausgegeben.
Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an.
Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Für einen ungehinderten Verkehr auf dem befreiten Territorium der Donezker Volksrepublik müssen Bürger, die in Mariupol leben, sich an das territoriale Organ des Innenministerium (Bezirksabteilung Mangusch, Wolodarskoje, Nowoasowsk), den Passierpunkt Besymennoje oder Mangusch (den ehemaligen Verkehrspolizeiposten) wenden.
Nach der Überprüfung wird eine entsprechende Bescheinigung ausgegeben. Mit dieser Bescheinigung muss man sich an die Militärkommandantur wenden (diese gibt es in jedem der aufgezählten Ortschaften).
Die Kommandantur gibt auf Grundlage der vorgelegten Bescheinigung einen Passierschein aus, der das Recht auf unbehinderten Verkehr sichert.
Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:27 de.rt.com: **Alles beim Alten? McDonalds übergibt russischem Eigner nahezu das ganze Geschäft – bis auf die Marke**
Nachdem die US-Restaurantkette McDonald's im Zuge der Militäroperation in der Ukraine ihren Rückzug aus Russland angekündigt hatte, kehrt sie nun unter neuem Namen und mit neuem Management zurück. Die Technologien und Speisekarte bleiben offenbar unverändert.

Wie die Nachrichtenagentur Interfax berichtet, hat der Föderale Antimonopoldienst Russlands (FAS) einen Antrag von Club Hotel auf Übernahme der McDonald's Corporation in Russland erhalten. Am 14. März hatte die Restaurantkette McDonald's bekannt gegeben, dass sie den Betrieb in Russland im Hinblick auf die Militäroperation in der Ukraine einstellen wird. Das Unternehmen hatte diese Entscheidung mit "betrieblichen, technischen und logistischen Schwierigkeiten" begründet. Am 16. Mai kündigte das Unternehmen an, Russland endgültig zu verlassen und sein Geschäft an einen russischen Eigentümer zu verkaufen.
"Die durch den Krieg in der Ukraine verursachte humanitäre Krise und die zunehmende Unvorhersehbarkeit des Geschäftsumfelds haben McDonald's zu dem Schluss gebracht, dass eine weitere Beteiligung an dem Geschäft in Russland nicht machbar ist und nicht mit den Werten von McDonald's übereinstimmt", zitierte Interfax das Unternehmen.
Anfang Mai habe sich McDonald's darauf geeinigt, sein Geschäft in Russland an Alexander Gowor zu verkaufen, der Franchisepartner des Unternehmens gewesen war, wie Interfax berichtete. Die Speisekarte und die Technologien von McDonald's werden offenbar auch in der neuen Kette beibehalten – gemäß den Bedingungen der Vereinbarung würde Gowor das gesamte Restaurantportfolio der Kette erwerben und es unter der neuen Marke weiterentwickeln.
In den Neunzigerjahren des vorigen Jahrhunderts hatte McDonald's zu den Symbolen des Wandels in Russland gehört: Es war das erste Fastfood-Restaurant gewesen, das nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eröffnet worden war. Die Inbetriebnahme der ersten Filiale der Kette war ein Sinnbild für den Fall des Eisernen Vorhangs gewesen, und beim ersten McDonald's am Puschkinskaja-Platz in Moskau hatten sich in den ersten Monaten nach der Eröffnung kilometerlange Schlangen gebildet.
Nach einer langen Pause werde die Unternehmenskette nun als Erstes wieder ihr Restaurant am Puschkinskaja-Platz eröffnen, berichtete die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf ihre Quellen. Die Eröffnung ist für den 12. Juni, den russischen Nationalfeiertag, vorgesehen. Diese Information wurde auch von dem Unternehmen selbst bestätigt. "Wir können bestätigen, dass wir am 12. Juni für unsere Gäste öffnen wollen. Der genaue Zeitplan für die Eröffnung der einzelnen Betriebe wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben", erklärte die Pressestelle der Kette in Russland Interfax.
Wie das neue McDonald's in Russland heißen wird, wurde noch nicht bekannt gegeben. Das Unternehmen betreibt in Russland mehr als 850 Schnellrestaurants.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/629251adb480cc49a7789687.jpg

18:29 (17:29) ria.ru: **Sjuganow forderte die Einführung einer staatlichen Regulierung der Preise für Lebensmittel und lebenswichtige Güter**
Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, Gennadi Sjuganow,

forderte die Einführung einer staatlichen Regulierung der Preise für Lebensmittel und lebenswichtige Güter. Dies schrieb der Politiker in seinem Telegram-Kanal.
Ihm zufolge sei die Situation mit dem Anstieg der Preise "absolut inakzeptabel".
„Wir haben in diesen 30 Jahren schon genug von der ‚unsichtbaren Hand' des Marktes gesehen. Genug! Es ist an der Zeit, dass der Staat die Regulierung übernimmt und dafür Verantwortung trägt!", schrieb Sjuganow.

https://cdnn21.img.ria.ru/images/15544/93/155449377_0:315:3208:2119_1280x0_80_0_0_6bebebb577fef0ab4bf12494a441408d.jpg

abends:

18:09 t.me/boris_rozhin (Colonelcassad): **Zu Fragen in Bezug auf Sewerodonezk:**
1. Die Stadt wird nicht eingenommen.
2. Die Kämpfe finden in Stadtvierteln statt (es ist schwer zu sagen, wo genau die Frontlinie jetzt ist, es gibt noch wenig Informationen).
3. Die Brücken von Sewerodonezk stehen unter Feuerkontrolle, ein Rückzug ohne Ausrüstungsverlust erscheint unrealistisch.
4. Heute wurden vom Kommando der Streitkräfte der Ukraine keine offiziellen Befehle zum Rückzug aus Sewerodonezk erteilt.
5. Die Straße Artjomowsk-Lisitschansk steht unter Feuerkontrolle.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 am 29.05.22**
Die Gebiete von 13 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist und 10 wurden verletzt**. 20 Wohnhäuser und 5 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von ziviler Infrastruktur werden an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern. Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 43 ukrainische Nationalisten, 2 Feuerpositionen für 122mmHaubitzen D-30, einen Panzer, 2 Schützenpanzerwagen einen Lastwagen vernichtet. Ein 152mm-Artilleriegeschütz 2S3 „Akazija" und ein Schützenpanzer wurden erbeutet.
Mit Trauer teilen wir mit, dass in letzten 24 Stunden 8 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung seiner militärischen Pflicht starben und 24 verletzt wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus. Gesondert will ich auf das Heldentum der Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten ein Vorbild für zukünftige Generationen sind.
Am 28. März 2022 nahm Oberfeldwebel Artjom Witaljewitsch Rotarj beim Kampf in Maripuol unter stürmischem Artilleriefeuer des Gegners unter Gefahr für sein Leben eine günstige Feuerpositionen ein und vernichtete 3 dauerhafte Feuerpunkte und 2 Feuerpunkte der Nationalisten. Dank seiner sachkundigen Handlungen wurde das sichere Vordringen der angreifenden Einheiten unserer Truppen gewährleistet.

18:15 de.rt.com: **Polen liefert 18 Panzerhaubitzen des Typs KRAB an die Ukraine**
Die russische Agentur TASS berichtet, die ukrainische Armee habe 18 moderne Panzerhaubitzen vom Typ KRAB aus Polen erhalten. Dies wurde vom polnischen Rundfun am Sonntag unter Berufung auf eine Regierungsquelle gemeldet.
Es gehe darum, drei Divisionen mit den Geschützen auszustatten. Die polnische Armee habe außerdem hundert ukrainische Artilleristen in der Wartung der Haubitzen ausgebildet. Wie der polnische Rundfunk betonte, verfügen die Ukrainer dank der Lieferungen aus Polen nun über mindestens 24 Selbstfahrlafetten.
Die KRABs sind seit einigen Jahren bei der polnischen Armee im Einsatz. Ihre maximale Schussweite beträgt 40 Kilometer mit Basismunition. Die KRAB kann sechs Schuss pro Minute abgeben.
Polen ist nach den USA der zweitgrößte Waffenlieferant der Ukraine. Zuvor hatte die Republik der Ukraine rund 250 sowjetische T-72-Panzer, 2S1-"Goździk"-Panzerhaubitzen sowie "Piorun"-MANPAD-Systeme, Grad-Werfer, Luft-Luft-Raketen für MiG-29- und Su-27-Flugzeuge, Drohnen aus polnischer Produktion und eine große Menge an Munition übergeben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/6293956548fbef75790e908f.jpg

18:20 de.rt.com: **Neue Linie in EU-Sicherheitspolitik? EVP-Chef Weber einig mit Kiew: "Waffen, Waffen, Waffen"**
Statt der eingeforderten neuen Linie für die EU-Außen- und Sicherheitspolitik bleibt es bei der alten: Militarisierung, Aufrüstung und Waffenexporte. Die täglich schärfer werdenden Forderungen des Nicht-EU-Mitglieds Ukraine kommen dem CSU-Mann und EVP-Chef Weber gerade recht.
Einmal mehr ist von einer Neukonzeption der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EU) die Rede. Manfred Weber (CSU), der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im EU-Parlament, war diesmal derjenige, der mit hochfliegenden Plänen die Militarisierung der EU vorantreiben will.
Laut Medienberichten äußerte er gegenüber dem Spiegel die Hoffnung, dass der Krieg in der Ukraine die Chance böte, auf Augenhöhe mit den Groß- und Supermächten zu kommen und

weltweit bei Konflikten und Kriegen mitzumischen:
"Die EU muss sich endlich eine Außen- und Verteidigungspolitik geben, die etwa eine gemeinsame Cyber- und Raketenverteidigung umfasst. EU-Staaten könnten sich auch gemeinsame Flugzeugträger zulegen, um in der Selbstverteidigung oder den Krisengebieten der Welt einsatzfähig zu werden."
Damit wärmte Weber die deutschen Flugzeugträger-Pläne auf, mit denen bereits seine glücklose deutsche Quasi-Parteikollegin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) im Jahr 2019 gescheitert war.

Nukleare Ambitionen

Außerdem müsse man, so Weber, deutsche Ansprüche gegenüber Paris erneuernd, darüber "nachdenken", wie sich die französischen Nuklearwaffen in einen "Schutzschild für alle EU-Staaten verwandeln" ließen. Denn Frankreich habe sich durch die Beistandsklausel des EU-Vertrags bereit erklärt, den anderen EU-Staaten im Fall eines bewaffneten Angriffs beizustehen – wie es heißt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Bisher hatte sich Frankreich zurückhaltend gegenüber entsprechenden Forderungen aus Deutschland verhalten. Doch der CSU-Mann Weber forderte, dies müsse "man nun konkretisieren, soweit Frankreich dazu bereit ist."
Der EVP-Vorsitzende hat weltpolitische Ambitionen und möchte den Krieg in der Ukraine für eine interne Umgestaltung der EU nutzen:
"Ich würde sogar noch weitergehen: Ich kämpfe für ein demokratisches Europa. Warum nicht über einen direkt gewählten EU-Präsidenten nachdenken, der mit den Präsidenten der USA und Chinas auf Augenhöhe reden kann?"

"Kiew-Moment"

Damit tritt Weber dafür ein, die EU-Verträge "anzufassen". Was vermutlich bedeuten soll, noch weitere, auch außen- und sicherheitspolitische Kompetenzen von den einzelnen Mitgliedsstaaten auf EU-Ebene zu verlagern. Weber kleidet den angestrebten Souveränitätsverlust in die Formel, der Ukraine-Krieg könne "die Europäer" wie kein anderes Ereignis zuvor zusammenbringen – und drängt zur Eile:
"Wir erleben einen Kiew-Moment. Nur leider ist die EU gerade dabei, diese historische Chance zu verpassen."
Schließlich konkretisierte Weber seine Vorstellungen, wie der Westen die Ukraine im Krieg gegen Russland unterstützen müsse. Der EU-Parlamentarier machte zwei Herausforderungen aus, vor denen die Ukraine stehe – zum einen die Staatspleite, "und zweitens muss der Westen Waffen, Waffen, Waffen liefern", so Weber.
In der Ukraine seien mehr Menschen bereit zu kämpfen, als Waffen zur Verfügung stünden. Der bayerische Politiker zog daraus die nicht besonders originelle Schlussfolgerung: "Da müssen wir einspringen", wobei mit "wir" die EU gemeint ist, und lag damit ganz auf der Linie der Kiewer Präsidentenberater.

Immer neue Forderungen aus Kiew

So hatte der Selenski-Berater Michail Podoljak laut dpa den Westen zur Lieferung moderner Mehrfachraketenwerfer mit hoher Reichweite aufgefordert:
"Wenn der Westen wirklich den Sieg der Ukraine will, ist es vielleicht Zeit, uns MLRS zu geben?",
fragte Podoljak via Twitter. MLRS sind in den USA hergestellte Artilleriesysteme.
"Es ist schwer zu kämpfen, wenn man aus einer Entfernung von 70 Kilometern angegriffen wird und nichts hat, womit man sich wehren kann",
klagte Podoljak. Die US-Regierung zieht einem Medienbericht zufolge in Erwägung, Mehrfachraketenwerfer in die Ukraine zu schicken.
Auch Präsidentenberater Alexei Arestowitsch sprach sich für Lieferungen von Raketen vom Typ "Harpoon" aus, mit denen Schiffe angegriffen werden können. Damit könnte die Ukraine die russische Blockade ihrer Seehäfen durchbrechen, wurde Arestowitsch von der Agentur

Unian zitiert.
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenski meinte unterdessen in einer Videoansprache, die "Europäer" müssten Russland gemeinsam stoppen. Russland müsse "offiziell" – von wem, sagte er nicht – als "Terrorstaat" anerkannt werden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.05/article/62939c7a48fbef7a7f20de60.jpg